

# Das Ortstafel-Scheingefecht

Wie unter Hans Sima wird heute unter Jörg Haider die Stimmung falsch eingeschätzt

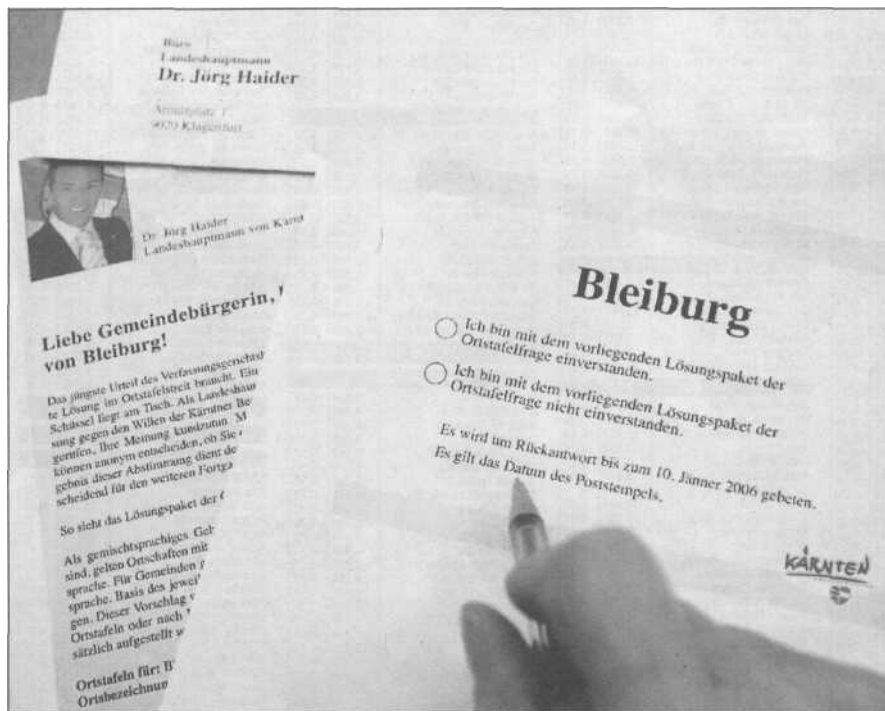
**Bozen-Dieinzwischeneuropaweit bekannte Posse um das Aufstellen zusätzlicher zweisprachiger Ortstafeln in Kärnten geht in seine letzte Runde:**

Von Günther Rautz \*

Vor knapp 35 Jahren schon versuchten der sozialdemokratische Bundeskanzler Bruno Kreisky und sein Kärntner Parteikollege Landeshauptmann Hans Sima den Staatsvertrag umzusetzen. Das 1972 erlassene Ortstafelgesetz führte zur gewaltsamen Entfernung zweisprachiger Hinweisschilder. Dieser von der breiten Bevölkerungsmehrheit mitgetragene Ortstafelsturm führte zum Rücktritt des Landeshauptmannes.

Grund für die katastrophale Politikvorstellung des Duos Kreisky/Sima Anfang der siebziger Jahre war eine völlige Fehleinschätzung des Willens der Bevölkerung. Der damals fast als Sonnenkönig gefeierte Kreisky und sein mit absoluter Mehrheit in Kärnten regierender Landeshauptmann wollten ohne Informationskampagnen und ohne Diskussion der deutschsprachigen Mehrheitsbevölkerung zweisprachige Ortstafeln aufzwingen.

2006 läuft BZO-Landeshauptmann Jörg Haider Gefahr, denselben Fehler zu begehen, allerdings unter umgekehrten Vorzeichen. Im Gegensatz zu 1972 diskutieren seit dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs aus 2001 Minderheitenvertreter mit den Heimatverbänden, Bürgermeister der zweisprachigen Gemeinden, Kirche und andere Entscheidungsträger sind bei der Meinungsbildung involviert. Wie nie zuvor ist die Bevölkerung über die rechtliche Situation



*Themenbild zu der von Landeshauptmann Jörg Haider initiierten Ortstafel-Umfrage. Die Kärntner Bevölkerung ist diesmal vorbereitet und mehrheitlich für zusätzliche Ortstafeln.*

Foto: APA/  
Gert Eggenberger

informiert. Schon einige Male war der für alle akzeptable Kompromiss zum Greifen nah.

Doch Haider führt mit stillschweigender Zustimmung von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel seit 2001 zum Schaden des friedlichen Zusammenlebens beider Sprachgruppen seinen persönlichen beiharten politischen Überlebenskampf. Haider kritisierte die VfGH-Präsidenten Ludwig Adamovich und Karl Korinek in einer bisher einzigartigen unakzeptablen Art und Weise. Gleichzeitig versuchte er die Bevölkerung mit einer Volksbefragung und nun mit einer privaten Umfrage zu spalten.

Nichtumsetzung von Gerichtsurteilen, Diffamierung eines Höchstgerichts und Dro-

hungen gegen dessen Richter sind einem Rechtsstaat unwürdige und äußerst bedenkliche Ergebnisse. Schließlich soll sogar die so aufgehetzte Bevölkerung, in einem wohl europaweit einzigartigen Schauspiel, über Minderheitenrechte abstimmen.

Schon lange geht es Haider nicht mehr um zweisprachige Ortstafeln und um das Wohl seiner Landsleute. Einziges Ziel ist die wahrarithmetisch mögliche Chance, den Einzug seiner BZO in den Nationalrat bei den bevorstehenden Wahlen zu schaffen. Nur ein Grundmandat im Wahlkreis, dem die zweisprachigen Gemeinden angehören, kann österreichweit Haiders politische Zukunft sichern.

Österreichs EU-Nachbar Slowenien wird derweil nicht mehr als Bedrohung gesehen. Die Anmeldungen zum zweisprachigen Unterricht steigen von Jahr zu Jahr.

Schussels Verhalten bei der Ortstafelfrage ist wohl politisches Kalkül: Schafft Haider das Grundmandat, bleibt dem Kanzler die BZO als kleiner einflussloser Koalitionspartner erhalten. Schafft Haider es nicht, so kann sich Schüssel den persönlichen Sieg auf die Fahnen heften, das politische Phänomen Haider scheinbar demontiert zu haben.

\* Rautz ist Minderheitenexperte der Europäischen Akademie Eurac in Bozen